

# Fäkalienskandal auf Teneriffa

Zahlreiche Badestrände auf der spanischen Ferieninsel Teneriffa sind mit Fäkalien belastet. Fast 200 Abwasserrohre leiten menschliche Hinterlassenschaften ins Meer. Eine Katastrophe mit Ansage.



Nur noch bedingt eine Abkühlung: Drei Männer steigen am Strand von Guimar auf der spanischen Touristeninsel Teneriffa aus dem Wasser.

Bild Alberto Valdes / Keystone

von Ralph Schulze

Es war bisher der Vorzeigestrand von Puerto de la Cruz, dem touristischen Zentrum im Norden Teneriffas. Die paradiesische Playa Jardín besteht aus drei Buchten mit schwarzem, feinem Vulkansand. Es ist eine von dem berühmten kanarischen Künstler César Manrique geschaffene Badelandschaft. Eingerahmt von einer Promenade und blühenden Gärten. «Ideal für ein Meeresbad oder einen romantischen Spaziergang», verspricht das örtliche Fremdenverkehrsamt.

Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Seit Anfang Juli bietet dieser Traumstrand ein trauriges Bild: Sonnenliegen, auf denen normalerweise Feriengäste ruhen, stehen ungenutzt unter Palmen. Absperrbänder verhindern den Zugang zum Meer. An Masten wehen rote Fahnen und signalisieren ein absolutes Badeverbot. «Badewasser

von unzureichender Qualität aufgrund von Abwasserverschmutzung» steht auf Schildern. Vor den Hinweistafeln sieht man ratlose Touristen, die unverrichteter Dinge abziehen müssen.

Diesen Sommer wird es hier wohl nichts mehr mit einem Bad. Die Strandsperrung gelte auf unbestimmte Zeit, teilt das Rathaus mit. Noch immer sind Experten auf der Suche nach der Ursache für den Fäkalienalarm. Bisher gibt es nur Vermutungen, warum seit Wochen das Bakterium Escherichia Coli, welches bei Menschen Infektionen verursachen kann, das Wasser verseucht. Ein Rohr, das an diesem Strand Abwasser aus der Stadt ins Meer leite, könne schuld sein, heisst es. Zudem sei die Kläranlage im benachbarten Wohnviertel Punta Brava veraltet und laufe über.

Es ist ein Desaster für die Feriendestination, in deren Umgebung Tausende deutschsprachige Residenten ihre zweite Heimat haben. Eine Katastrophe mit Ansage. Bereits seit Jahren gibt es hier

Probleme mit der Wasserqualität. Die Behörden wussten schon länger, dass Fäkalien ins Meer fliessen. Deswegen verlor die Bucht bereits 2022 die begehrte blaue Flagge, mit der die globale Stiftung für Umwelterziehung FEE saubere und nachhaltige Strände auszeichnet.

## Politik handelt nicht

Nicht nur Bürgermeister Marco González befürchtet, dass dieser Umweltskandal dem Ansehen der Ferienhochburg Puerto de la Cruz schaden wird. Auch für Teneriffa, die meistbesuchte der zu Spanien gehörenden Kanarischen Inseln, ist diese Fäkalaffäre keine gute Werbung. Zumal sich in letzter Zeit Meldungen häuften, dass Inselstrände wegen Bakterienproblemen gesperrt werden mussten.

Inzwischen weiss man, dass in vielen Orten auf Teneriffa die braune Abwasserbrühe immer noch nicht ausreichend geklärt oder sogar gänzlich un-

Nach Angaben der kanarischen Umweltbehörden existieren allein auf Teneriffa nahezu 200 Abwasserrohre, über die menschliche Hinterlassenschaften ins Meer fliessen. Nimmt man die anderen Kanareninseln Gran Canaria, Lanzarote und Fuerteventura hinzu, dann sind es mehr als 400 den Behörden bekannte Schmutzwasser-Einleitungen an den Küsten.

«Hast du nicht auch schon mal Durchfall gehabt, nachdem du einen

**Spanien ist laut Brüssler Statistik vor Italien und Polen das EU-Land mit den meisten Verstössen gegen europäisches Umweltrecht.**

Tag am Strand verbracht hast?», fragt der kanarische Meeresbiologe Pablo Martín in einem Instagram-Video. Jetzt im Sommer haben die Bakterien Hochsaison auf den Kanaren, sagt er. «Das Meer ist ruhig, es gibt wenig Wellen. Zusammen mit den hohen Temperaturen bildet dies den perfekten Nährboden für die Fäkalbakterien an unseren Stränden.» Eine Situation, die den Inselpolitikern seit Langem bekannt sei, ohne dass sie etwas dagegen getan hätten.

«Die Verschmutzung des Meeres durch unbehandelte Abwässer ist heute eines der grössten Probleme Teneriffas wie der gesamten kanarischen Inselgruppe», erklärt Spaniens Umweltverband Ecologistas en Acción in seinem jüngsten Bericht über den Zustand der Küsten.

## Problem in ganz Spanien

Die Schlamperie mit dem Dreckwasser auf Teneriffa hat auch die Europäische Kommission auf den Plan gerufen. Erst schickte Brüssel Mahnungen an die Behörden mit dem Hinweis, dass dies den EU-Umweltnormen widerspreche. Dann verhängte die EU-Kommission millionenschwere Geldstrafen, die so lange gezahlt werden müssen, bis der Missstand behoben ist. Weil auch dies wenig half, verklagte die Kommission Spanien Ende vergangenen Jahres vor dem Europäischen Gerichtshof «wegen Nichteinhaltung der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser».

In dieser Klage wird übrigens nicht nur Teneriffa an den Pranger gestellt, wo Brüssel allein 13 Verstösse gegen die Abwassernormen auflistet. Sondern es geht um mehr als 200 spanische Gemeinden, in denen Fäkalwasser nicht ausreichend geklärt in die Umwelt gepumpt wird. Spanien ist laut Brüssler Statistik vor Italien und Polen das EU-Land mit den meisten Verstössen gegen europäisches Umweltrecht.

Der grosse Brüssler Druck scheint nun doch langsam Wirkung zu zeigen. Teneriffas Inselregierung kündigte an, dass man mehrere Hundert Millionen Euro in den Bau von Kanalisation und Kläranlagen investieren wolle. Schon bis Ende nächsten Jahres werde man auf der Insel statt bisher vier insgesamt zwölf Kläranlagen haben. Es gibt also Hoffnung, dass die Insel aus der sommerlichen Fäkalienaffäre etwas gelernt hat und das Badeparadies Teneriffa noch nicht verloren ist.

## Tribüne

# Schweizer Entwicklungspolitik ist Sicherheitspolitik

Werner Thut\* über Pläne, zugunsten der Armee am falschen Ort zu sparen



Vor dem Hintergrund des Ukrainekriegs hat die Diskussion um einen Armee-Ausbau stark an Zugkraft gewonnen. Der Bundesrat will deren Zahlungsrahmen 2025–2028 von 21,7 auf 25,8 Milliarden Franken erhöhen. Der Ständerat will gar 29,8 Milliarden bereitstellen.

Woher soll das Geld kommen? Eine Schlüsselrolle spielt ein Vorschlag des Glarner FDP-Ständerats Benjamin Mühlemann, den sich der Ständerat gleich zu eigen gemacht hat: Vier Milliarden sollen bundesintern eingespart werden, davon 2 Milliarden durch radikale Kürzungen bei der Entwicklungszusammenarbeit (EZA).

Die Konsequenzen für die EZA wären fatal. Nachdem der Bundesrat die 1,5 Milliarden für den Wiederaufbau der Ukraine komplett dem Schweizer EZA-Budget entziehen will – was über Jahre eine reale Kürzung aller anderen EZA-Ausgaben bedeutet –, würde

dies zu zusätzlichen Kürzungen von fast 20 Prozent führen. Resultat: ein kompletter Rückzug aus sechs bis acht Schwerpunktländern und eine generelle weitere Reduktion des internationalen Engagements der Schweiz für Armutsbekämpfung, Frieden, Klima.

Was nicht zuletzt ein kapitaless Eigentor für die Schweizer Sicherheitspolitik wäre. Denn Frieden, Sicherheit und Demokratie in Europa entscheiden sich nicht allein auf dem ukrainischen Schlachtfeld. Vielmehr umfasst der Bogen der Instabilität mindestens fünf Länder vom Balkan bis in den Südkaukasus. Je östlicher, desto instabiler. Umso grösser ist die sicherheitspolitische Bedeutung der Schweizer EZA in ihren Schwerpunktländern Armenien, Georgien und Moldawien. Denn dort führt Russland einen intensiven Propagandakrieg um die Herzen und Köpfe, der Verteidigungswillen, Zukunftshoffnungen und Regimestabilität dieser Länder untergräbt.

Das Armenien-Programm der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza), Teil eines Regionalprogramms Südkaukasus, ist ein gutes Beispiel, wie sicherheitspolitische Perspektiven in die EZA eingebettet sind. Im Rahmen übergeordneter Ziele ver-

folgt dieses auch konfliktpräventive Zwecke: 1. Stabilisierung und demokratische Transformation innenpolitischer Konflikte in Armenien; 2. Aufrechterhaltung wirtschaftlicher Perspektiven für die Menschen in Grenzgebieten; 3. Stärkung der Zuversicht und Verbundenheit der Bevölkerung, namentlich der Jugend, mit ihrer Heimat; 4. langfristige Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Konfliktparteien auf technischer Ebene.

Die Deza-Projekte zur Demokratieförderung, in der Berufsbildung, zur regionalen Umweltzusammenarbeit sowie zur wirtschaftlichen Unterstützung von Rand- und Grenzregionen unterstützen Bestrebungen der Regierung gegen externe Propaganda und politische Umsturzpläne. Sie wirken gegen Hoffnungslosigkeit und permanente Auswanderung der besten Talente ins Ausland. Vorschläge zum internationalen Wassermanagement sollen zu vermehrter ziviler Zusammenarbeit zwischen Konfliktparteien führen. Und Engagements in einer geopolitisch umstrittenen Schlüsselregion tragen zur zivilen Absicherung der territorialen Integrität des armenischen Staatsgebiets bei.

Das grundlegende Kapital für eine solche Politik ist die Glaubwürdigkeit der Schweizer EZA, basierend auf deren Verlässlichkeit, Berechenbarkeit und Professionalität. Der entscheidende Faktor für dessen Inwertsetzung ist dabei prinzipientreue und vorhersehbare politische Leadership durch die vorgesetzte Behörde.

Aufschlussreich wäre auch eine Kosten-Nutzen-Betrachtung von Investitionen in Sicherheit durch EZA und Militär. So entsprechen die für das Armenienprogramm 2022–2025 ursprünglich geplanten Ausgaben von 20 Millionen Franken gerade mal einem Prozent der Summe, die von der EZA zum Militär verlagert würde. Wissenschaftliche Modelle zeigen zudem ein in höchstem Grad vorteilhaftes Kosten-Nutzen-Verhältnis von Investitionen in präventive Friedenspolitik. Ein so investierter Franken würde in Armenien geschätzte 16 Franken für militärische Verteidigung sparen.

Was konnte davon in Armenien erreicht werden? Mehrere der Projekte wurden lanciert, andere Arbeiten mussten aufgrund der EZA-Kürzungen zugunsten der Ukraine bereits gestoppt werden. Nicht zufällig appl-

lierte der armenische Botschafter in der Schweiz im Mai 2024 eindringlich an sein Gastland, es möge seine geachtete internationale Position nutzen und die junge Demokratie im kriegszerrissenen Südkaukasus weiter unterstützen.

Wie geht es weiter im Parlament? Ab Mitte August wird das Parlament entscheiden, ob das EZA-Budget zugunsten der Armee weiter ausgehöhlt wird oder aber die notwendigen Mittel bereitgestellt werden für eine international solidarische Entwicklungspolitik, die effizient eigene Sicherheitsinteressen wahrnimmt. Anstatt immer mehr auf globale Mitgestaltung zu verzichten, sich weitgehend auf humanitäre und materielle Katastrophenbewältigung auf tiefem Niveau zu beschränken und letztlich die eigene Sicherheit zu untergraben.

\* Werner Thut war bis Juni dieses Jahres stellvertretender Regionaldirektor des Schweizer Entwicklungszusammenarbeitsprogramms im Südkaukasus. In dieser Funktion war er verantwortlich für das Deza-Programm in Armenien, wo er auch Stellvertreter der Missionschef war.

Eine ausführlichere Fassung dieses Gastbeitrags wird auf dem Portal der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik (SGA) publiziert (sga-aspe.ch).